

Pressemitteilung

Bürgerinitiative Papendiek

Eingabe zur Bezirksregierung Detmold abgeschickt

Bereits seit einigen Tagen liegt eine Eingabe der Bürgerinitiative Papendiek beim Regierungspräsidenten in Detmold vor. Direkt nach der Abstimmung im Bauausschuss am 16.03.2009 über den Antrag auf Änderung des Regionalplans wurde von den Sprechern der Bürgerinitiative, Joachim Arhelger, Rudolf Pähler und Johannes Wilke, noch während der laufenden Sitzung auf der Zuschauertribüne des Sitzungssaales der Gemeinde Verl die Eingabe unterschrieben. Die fachlich fundierte 41-seitige Ausarbeitung zur Planfläche Papendiek hatten die Sprecher der Bürgerinitiative im Vorfeld sorgfältig vorbereitet. Man setzt jetzt auf die Vernunft und Einsicht der zuständigen kommunalen Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidenten in Detmold.

Die politische Zustimmung im Bau- und Planungsausschuss kommt für das Sprecherteam nicht überraschend. Erstaunlich war jedoch die einstimmige Annahme der geplanten Wohnbaufläche am Papendiek einschließlich aller Oppositionsparteien. Allein Frau Erika Fortkord von der mehrheitlichen CDU-Fraktion enthielt sich im Bauausschuss ihrer Stimme mit der Begründung:

„Ich möchte später nicht für ein mögliches Verkehrschaos an der Lindenstraße und Paderborner Straße verantwortlich gemacht werden“.

Dieses Abstimmungsverhalten haben die Sprecher der Bürgerinitiative wohlwollend registriert.

Enttäuschend und unverständlich waren dagegen die Argumente und das Verhalten aller Oppositionsparteien, insbesondere der SPD-Fraktion im Verler Rat. Offensichtlich besteht keinerlei Interesse an den berechtigten Sorgen der Bürger am Papendiek.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt fühlt sich das Sprecherteam in seiner Entscheidung bestätigt, sich bei der neuen Wählergemeinschaft „Bürger für Verl“ mit einzubringen. Bei den kommenden Kommunalwahlen sollten vor allem die unzufriedenen Verler Bürger Gelegenheit haben, wachsame und kritische Ratsmitglieder zu wählen. Offensichtlich ist es dringend erforderlich, den etablierten Parteien und auch manchmal der Gemeindeverwaltung genauer auf die Finger zu schauen.